

**Ergebnisprotokoll
der 30. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 14.06.2018**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16.20 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Herr Staatsrat Deutschendorf

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Herr Crueger
Frau Schiemann
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Schwarz

Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Saffe
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Janßen

FDP-Fraktion

Herr Schomaker

II Verwaltung

Frau Prof. Dr. Reuther
Frau Rüpke
Frau Kamp
Frau Langenbach
Herr Polzin
Herr Viering
Herr Dr. Kumpfer
Herr Eickhoff
Herr Lankowsky
Herr Hürter
Frau Honemann
Herr Sowa
Frau Schröder
Herr Knode
Herr Döpkens
Frau Cordes
Frau Kulmann
Frau Zimmermann
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr

III Gäste

Herr Dr. Steinbrück Landesbehindertenbeauftragter

IV Gastdeputierte

Frau Sprehe	SPD-Fraktion
Herr Senkal	SPD-Fraktion
Herr Saxe	Fraktion B'90/ Die Grünen
Herr Bücking	Fraktion B'90/Die Grünen
Herr Strohmann	CDU-Fraktion
Herr Scharf	CDU-Fraktion
Herr Buchholz	FDP-Fraktion

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 30. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
--------------	-------------------------------------	--

Herr Schomaker beantragt, den TOP „Kostensteigerung bei der Anbindung des Überseehafengebietes in Bremerhaven an die BAB A27“ in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Herr Polzin erklärt, dass es war Wunsch des HaFA sei, die Vorlage nicht öffentlich zu beraten.

Herr Pohlmann lässt über diesen Antrag abstimmen. Dafür stimmen die Fraktionen DIE Linke, CDU und FDP (5). Dagegen stimmen die Fraktionen B'90/ Die Grünen und SPD (6). Damit ist der Antrag auf öffentliche Beratung des TOP abgelehnt.

Zu **TOP 7** „Förderprogramm „Bremer Grünlandsäume“ und **TOP 8** „Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen ...“ liegen **Neufassungen** vor.

TOP 9 Neufassung der RL BAU **wird vertagt**.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen: <ul style="list-style-type: none">• Protokoll 19/29 der Sitzung am 09.05.2018	
--------------	---	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	---	-----

Herr Senkal äußert seinen Unmut über den Umgang mit dem Thema Diskomeile. Seit dem Beschluss der Bürgerschaft habe er immer wieder nach einem Konzept zur Diskomeile und der Beleuchtung von einem Planungsbüro gefragt und immer wieder die Zusage erhalten, das Konzept zu bekommen. Erst heute habe er endlich diese Planungen aus Berlin erhalten. Das Konzept stamme aus 2014/2015. Er fragt, weshalb diese Ergebnisse dieser Deputation bis heute nie vorgestellt wurden. Es habe immer der Vorwurf im Raum gestanden, man müsse zur Umsetzung der Beschlüsse auch Geld bereit stellen. Dafür sei es jetzt zu spät. Er kritisiert, dass man nun keine Chance mehr habe, das Konzept umzusetzen.

Die Verwaltung wird sicher stellen, dass das Konzept allen Deputierten noch vor der Befassung in der Deputation am 23.08.2018 zugänglich gemacht wird.

Frau Neumeyer weist auf drei Anträge in der Bürgerschaft hin, die ursprünglich für heute vorgesehen waren und nun laut Liste auf die Sitzung am 23.08.2018 verschoben wurden. Es handele sich um die Anträge „Genehmigungsverfahren verkürzen - Musterbauordnung als Vorbild nehmen“, Drs. 19/1102, „Digitales Planen und Bauen auch in Bremen umsetzen“, Drs. 19/1168 und „Wohnungsbauaktivitäten verstärken und einer wachsenden Stadt anpassen“, Drs. 19/1099. Sie erwartet eine Erklärung, warum diese Berichte noch nicht vorgelegt werden.

Herr Viering erklärt, dass hinsichtlich des Antrags zur Musterbauordnung auf die Novellierung der Landesbauordnung gewartet werden musste, die heute hier vorliege. Digitales Bauen betrifft Bauherren, wird geklärt.

Herr Staatsrat Deutschendorf weist mit Blick auf den Umfang der heutigen Tagesordnung darauf hin, dass die Berichte nicht immer so schnell vorgelegt werden können, wie erwartet. Die Verwaltung arbeite aber intensiv daran, allen Berichtswünschen so schnell wie möglich nachzukommen

Herr Janßen fragt, wann das CO2-Monitoring vorgelegt werde.

Herr Senator Dr. Lohse sagt zu, den Bericht so schnell wie möglich auf die TO zu setzen

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Novellierung der Bremischen Landesbauordnung	Vorlage 19/307
--------------	---	-------------------

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt den Landesbehindertenbeauftragten Herrn Dr. Steinbrück. Es habe sich gezeigt, dass einerseits viele Menschen keine barrierefreien Wohnungen finden, andererseits die Wohnungswirtschaft beklage, dass sich für vollständig rollstuhlgeeignete Wohnungen nur schwer Mieter*innen finden würden. Hier sei es erforderlich, Angebot und Nachfrage besser zusammenzubringen. Gemeinsam mit den Vertretern der Wohnungswirtschaft und Herrn Dr. Steinbrück habe man sich einvernehmlich darauf verständigt, die starre Quotenregelung des § 50 Abs. 1 zur Anzahl der rollstuhlgeeigneten Wohnungen (R- Wohnungen) im Neubau für drei Jahre auszusetzen. Die Zeit solle genutzt werden, um ein online-Portal als zielgerichtetes Instrument zur Lösung dieser Probleme zu entwickeln. Wenn das nicht erfolgreich sein sollte, würde § 50 (1) in Kraft treten.

Herr Schomaker stellt fest, dass seine Fraktion zu dieser sehr umfangreichen Vorlage noch an der ein oder anderen Stelle internen Beratungsbedarf habe, daher werde er sich heute enthalten.

Herr Bücking führt aus, dass die gefundenen Regelungen ein Fortschritt seien. Auch habe man eine gute Lösung zur Einstufung des „Bremer Hauses“ gefunden, die den Spielraum für die Entwicklung dieser Häuser erhöhe.

Frau Neumeyer schließt sich dem an und begrüßt insbesondere die Regelung in § 73 zur Geltungsdauer der Baugenehmigung. Es sei vernünftig ist, dass eine Genehmigung nicht unbegrenzt gelte, wenn nicht gebaut werde.

Herr Bücking stellt einen Beschlussantrag zur Förderung des Holzbaus vor. Dieser habe viele Vorteile, aus ökologischer Sicht als nachwachsender Rohstoff, aus bauökonomischer Sicht durch die Vorfertigung, aus Konsumentensicht durch ein sehr angenehmes Wohnklima. Der Antrag lautet:

„Anlässlich der heutigen Verabschiedung der neuen Landesbauordnung bittet die Deputation das Ressort, nach dem Vorbild der Hamburger Bauordnung § 24 Abs. 3, auch in Bremen eine Regelung für Häuser in Holzbauweise bis 22 m Höhe zu entwerfen und der Deputationen einen Vorschlag zu machen, wie diese Regelung durch Gesetzesänderung in absehbarer Zeit in die Bauordnung eingefügt werden kann. Und die Deputation bittet das Ressort darüber hinaus um eine Einschätzung zum Regulationsbedarf für andere natürliche Baustoffe wie Stroh und Lehm. Wir bitten um Erledigung dieses Antrags bis November 2018“

Herr Janßen kritisiert, dass es unabhängig vom Inhalt, unbefriedigend sei, über einen Antrag zu reden, der noch nicht einmal als Tischvorlage schriftlich vorliege.

Herr Pohlmann lässt über den Antrag von Herrn Bücking abstimmen:

Für den Antrag stimmen die Fraktionen B´90/Die Grünen (6), dagegen stimmt die Fraktion der FDP (1). Die Fraktionen CDU und DIE LINKE enthalten sich.

Damit ist der Antrag beschlossen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt dem Gesetzentwurf zur Neufassung der Bremischen Landesbauordnung zu und bittet um Weiterleitung über den Senat an die Bremische Bürgerschaft (L).

Zustimmung
bei Enthaltung der Fraktion der FDP

TOP 5	Neufassung der Richtlinie für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben (RL BAU)	
-------	---	--

vertagt

TOP 6	Entwurf einer Änderung der Verordnung über die Übertragung staatlicher Aufgaben auf die Landwirtschaftskammer Bremen	Vorlage 19/434
-------	--	-------------------

Frau Dr. Schaefer möchte wissen, ob durch die Übertragung düngemittelbehördlicher Aufgaben auf die Landwirtschaftskammer die Landwirte, die Dünger ausbringen, sich quasi selbst kontrollieren würden.

Herr Saffe begrüßt, dass etwas für einen anderen Umgang mit Dünger getan werde. Gerade hinsichtlich der Belastung des Wassers mit Nitraten, sei dies wichtig. Er bittet um eine Erläuterung, wie in Bremen genau kontrolliert werde, auch mit Blick auf die Stoffstrombilanz.

Herr Imhoff hält es für gut, dass die Landwirtschaftskammer, als eine Anstalt des öffentlichen Rechts, auch Kontrollaufgaben wahrnehme. Dort sei schließlich die Fachkompetenz angesiedelt.

Herr Staatsrat Meyer erklärt, dass das Ressort auch die Landwirtschaftskammer kontrolliere und gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer festlege, was diese kontrolliere. Die Fachaufsicht bleibe beim Landwirtschaftsministerium, also beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV). Das Verfahren sei analog zu Niedersachsen, Schleswig-Holstein und anderen Bundesländern. Die Landwirtschaftskammer habe intern eine eindeutige Trennung zwischen Beratung und Kontrolle. Sie habe auch in anderen Bereichen hoheitliche Aufgaben übertragen bekommen, z.B. bei der GAP- Antragstellung in Zusammenarbeit mit Niedersachsen.

Frau Honemann ergänzt, dass der SUBV Aufsichtsbehörde sei und die neu einzurichtende Stelle zu kontrollieren habe. Es gehe um die Wirtschaftsdünger VO, um die neue Düngemittel VO, auch um die neu eingeführte Stoffstrombilanz- VO. Die Betriebe müssten eine verbindliche Düngemittelplanung vorlegen, deren Prüfung werde Aufgabe der Düngemittelbehörde sein. Ebenso die Prüfung der Stoffstrombilanz. Und SUBV als Fachbehörde habe zu prüfen, ob das nach den gesetzlichen Grundlagen von der Düngemittelbehörde entsprechend richtig bewertet wurde.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den anliegenden Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Übertragung staatlicher Aufgaben auf die Landwirtschaftskammer Bremen zur Kenntnis.

TOP 7	Förderprogramm „Bremer Grünlandsäume“	Vorlage 19/441
-------	---------------------------------------	-------------------

Herr Pohlmann weist auf die versandte Neufassung hin.

Herr Imhoff hält den Ansatz für gut, auch im Grünlandbereich etwas für den Insektenschutz zu tun, hier in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer und den Landwirten vor Ort. Er möchte wissen, ob von der Programmkulisse auch Ausgleichs- und Naturschutzflächen umfasst werden und eine Doppelförderung ausgeschlossen werde. Bremen habe grundsätzlich eine extensive Landwirtschaft. Hier sei an einigen Stellen von intensiv bewirtschafteten Flächen die Rede. Bremen verpachte Flächen mit der Auflage, meistens keine Düngung mehr vornehmen zu dürfen. Das bedeute, auf den wenigen Flächen, die noch intensiv genutzt werden, würde dann bis zum Limit gedüngt werden.

Herr Crueger begrüßt insbesondere, dass auch Amphibiensäume enthalten seien. Neben dem Insektenrückgang habe man auch eine große Problematik im Bereich der Amphibien.

Herr Saffe stellt fest, dass sich in den letzten Jahren nicht nur die Biolandwirte, sondern auch die konventionellen Landwirte sehr offen zeigen gegenüber diesen Programmen und viel unternehmen würden, z. B. im Bereich Blühstreifen, mehr Rücksicht auf Wiesenvögel, Brutvögel oder Rehkitze. Er fragt, ob die Auflagen dann für die gesamte Fläche eines Betriebes gelten oder nur für die Grünsaumfläche.

Frau Dr. Schaefer möchte wissen, ob es durch die Anlage der Säume ein Problem mit dem Grabenmanagement geben könnte.

Herr Hürter erläutert, dass eine Doppelförderung von Kompensationsflächen nach Punkt 7.4 der Richtlinie ausgeschlossen sei. Die Auflagen müssten nur auf den Vertragsflächen, nicht auf der gesamten Fläche, erfüllt werden. Es seien keine Konflikte zum Grabenräumprogramm zu erwarten.

Herr Imhoff fragt, warum nur Festmist als Dünger vorgesehen sei.

Herr Hürter erklärt, dass Gülle in einigen Schutzverordnungen ausgeschlossen sei. Sie könne negative Auswirkungen auf das Bodenleben haben. Festmist sei optimal, er verklebe den Boden nicht und sei für das Bodenleben und die biologische Vielfalt besser.

Herr Imhoff argumentiert, dass die aktuellen Ausbringmethoden für Gülle deutlich verträglicher seien. Auch Festmist könne verdichtet und fehlerhaft ausgebracht werden. Insofern komme es nicht auf Gülle oder Festmist an, sondern die jeweilige Ausbringmethode sei für eine bessere Verträglichkeit ausschlaggebend. Lediglich die bessere Humusbildung spreche für Festmist. Dies könne man in jeder Fachliteratur nachlesen. Die Debatte sei ideologisch geprägt, weil man Gülle seit ein paar Jahren verteufelt habe. Aber grundsätzlich, wenn es sich um Gülle aus dem eigenen Betrieb handele, die GVNO frei sei, dann sei Gülle an sich nicht das Problem, sondern wie man damit umgehe.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Richtlinienentwurf zur Kenntnis.

TOP 8	Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie nationaler Fördermaßnahmen	Vorlage 19/443
--------------	--	-------------------

Herr Imhoff möchte wissen, welchen Einfluss Bremen bei der Erarbeitung der neuen Förderkulissen haben werde und wie die Aufteilung der Mittel erfolgen werde. Bremen habe ja andere Ansprüche an das Nutzungs- und Förderprogramm als Niedersachsen.

Frau Honemann führt aus, dass die Programme für die neue Förderperiode neu gestaltet werden. Das Verfahren beginne gerade erst. Die ersten Rechtsvorschläge für die Ausgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik ab 2020 lägen vor und es sei ein langes

Verfahren, bis ausgehandelt sei, wie viel Geld der Mitgliedsstaat Deutschland erhalte. Anschließend werde über die Agrarministerkonferenz ausgehandelt, wie die Mittel auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt werden. Dann werde ein Programm aufgelegt und Maßnahmen entwickelt, gemeinsam mit Niedersachsen aber mit Blick auf die Bremer Verhältnisse. Man werde auch weiterhin bremenspezifische Maßnahmen haben. Auch die Landwirtschaft sei über die Teilnahme der Landwirtschaftskammer als Wirtschafts- und Sozialpartner in verschiedenen Gremien in dem Prozess eingebunden.

Herr Senator Dr. Lohse ergänzt, dass sich auch die Umweltminister mit diesen Fragen beschäftigten, gerade im März habe ein Gespräch mit Kommissar Oettinger stattgefunden. Dieser habe angekündigt, dass im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU weniger Geld für die Agrarförderung zur Verfügung stehen werde, die Kürzungen werden in der 2. Säule deutlicher ausfallen, als in der 1. Säule. Das Thema werde die Umwelt- und Agrarminister weiter beschäftigen.

Herr Imhoff betont, dass die CDU eine Verschiebung von Mitteln von der 1. Säule in die 2. Säule ablehne. Weitere Fragen werde er bilateral mit dem Ressort erörtern.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Vorlage zur Neufassung (Anlage 1) des Staatsvertrages zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie nationaler Fördermaßnahmen zu.

Einstimmig

TOP 9	Kostensteigerung bei der Anbindung des Überseehafengebietes in Bremerhaven an die BAB A27 (Ausbau der Cherbourger Straße)	Vorlage 19/453
--------------	--	----------------

(Der TOP wurde in nicht öffentlicher Sitzung befasst.)

TOP 10	Berichte der Verwaltung	
TOP 10a)	Förderprogramm Angewandte Umweltforschung (AUF): Sachstand, Evaluation 2007-2015 und Perspektiven	BdV schriftlich

Frau Dr. Schaefer weist auf die hohe Summe an Drittmitteln hin, die mit Hilfe dieses Programms eingeworben wurden. Die Zahl der Kooperationen sei beachtlich. Das zeige, dass es ein sehr erfolgreiches Förderprogramm sei und es klug gewesen war, gerade den Anwendungsbereich in der Umweltforschung in den Fokus zu nehmen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10b)	Genehmigungen von Großraum- und Schwerlasttransporten	BdV schriftlich
-----------------	--	-----------------

Frau Sprehe bittet darum, bei der nächsten Vorlage auch über den Sachstand der Umsetzung des Systems VEMAGS zu berichten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10c)	Vorbereitung des Vergabeverfahrens „Regio-S-Bahn Bremen/Niedersachsen 2022+“	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Frau Sprehe stellt fest, dass die Qualität verbessert werde, besonders durch die Anzahl der Triebwagen, die Anzahl der Triebwagenführer, die Ausbildung eigener Triebwagenführung und eine durchgehende Zugbegleitung. Sie bittet um Erläuterung der Bonus- und Maluszahlungen. Wünschenswert wäre ein durchgehender 15 Minuten-Takt nach Vegesack oder sogar nach Farge oder wenigstens eine Verlängerung der Züge.

Herr Strohmann ergänzt um die Frage nach der Erhöhung des Taktes am Bahnhof Mahndorf.

Herr Lankowsky führt aus, dass ein 15 Minuten-Takt Richtung Norden bis Blumenthal und Richtung Süden bis Achim geprüft wurde. Dieser sei mit der vorhandenen Infrastruktur derzeit nicht realisierbar. Über automatische Zählsysteme werden kontinuierlich die Auslastungen erfasst. Bei Bedarf, das heißt, wenn grundsätzlich alle Sitzplätze in der Hauptverkehrszeit belegt sind, dann werde verstärkt.

Die Bonuszahlungen ergänzten das vorhandene Malussystem mit dem Ziel der Qualitätssteigerung. Für die Unternehmen sei manchmal die Strafe besser als die vertragsgemäße Leistung zu erbringen. Daher solle ein zusätzlicher Anreiz geboten werden, auch wirklich eine bessere Leistung zu bringen. Hinzu kommen Vertragsstrafen, diese wurden ausgeweitet und verschärft, immer mit der Zielrichtung der Qualitätsverbesserung.

Herr Schwarz erinnert daran, dass der 15-Minuten-Takt immer eine Frage der Machbarkeit in Vegesack war. Dieses Problem wurde jedoch gelöst.

Herr Lankowsky erläutert, dass weitere Probleme u. a. in Blumenthal bestünden, dort gebe es nur eine Bahnsteigkante. Auf der Strecke lägen viele höhengleiche Bahnübergänge, gerade der Bereich Aumund, sei ein sehr komplexer Knoten. Es werde aber weiter untersucht, wie der 15-Minuten-Takt funktionieren könne, ohne gleichzeitig den Kraftfahrzeugverkehr dort lahmzulegen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Vorbereitung des Vergabeverfahrens „Regio-S-Bahn Bremen/Niedersachsen 2022+“ zur Kenntnis.

TOP 11	Verschiedenes	
---------------	----------------------	--

Keine Themen.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Gemeinsame Agrarpolitik	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Saffe	Geplant am 23.08.2018
--------------------------------	--	----------------------------------

Herr Pohlmann schließt die 30. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll